

Dienstag, 25. Januar 1949.

Wirtschaftsverhandlungen
mit Grossbritannien.

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 20. Januar 1949.

Das Volkswirtschaftsdepartement teilt folgendes mit:

" In seiner Sitzung vom 23. Dezember 1948 hat der Bundesrat die Anträge des Volkswirtschaftsdepartements für die damals bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit Grossbritannien genehmigt. Inzwischen hat in der Zeit vom 4. bis 11. Januar 1949 die erste Phase dieser Besprechungen in Bern stattgefunden. In erster Linie stellte die britische Delegation das Begehren um Konsolidierung der britischen Sterlingschuld von 15 Mio Lg für einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren zu einem Zinssatz von $1\frac{1}{2}\%$. Schweizerischerseits wurde die grundsätzliche Bereitschaft zur Konsolidierung unserer Sterlingguthaben erklärt unter der Bedingung, dass die Sterlingschuld in eine Schweizerfrankenschuld umgewandelt oder dass nachträglich eine Kursgarantie gewährt werde. Dieser Vorschlag wurde von Grossbritannien abgelehnt. Die britische Delegation schlug als Uebergangslösung ein Stillhalteabkommen für ein Jahr vor, was schweizerischerseits angenommen wurde unter der Bedingung, dass England unseren Begehren auf dem Gebiete des Tourismus und der Ausfuhrmöglichkeit für nicht lebenswichtige Waren entgegenkomme. Die Instruktionen der britischen Delegation lauteten leider sehr negativ. Es wurde uns erklärt, aus den Erfahrungen der Vergangenheit und aus den Schätzungen der Zukunft gehe klar hervor, dass ein ausgeglichenes Budget zwischen der Schweiz und dem Sterlinggebiet nicht möglich sei. Jede zusätzliche Belastung - und als solche wurden ausdrücklich der Tourismus und die schweizerischen "less essentials" bezeichnet - müsse zu einem erhöhten Goldverlust führen und sei daher nicht tragbar. Die britische Delegation wies darauf hin, dass einzelne Länder im Rahmen der Marshall-Hilfe sogenannte "grants" (Geschenke) gegeben hätten; sie stellte die Frage, ob die Schweiz ihrerseits bereit wäre, einen solchen "grant" zu gewähren, um die Ueberbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu erleichtern. Dies wäre für den Bund wohl der teuerste Weg gewesen, den Fremdenverkehr und die Ausfuhr von "less essentials" zu ermöglichen. Die Idee lag daher nahe, die Lösung auf einem anderen Wege zu suchen, und zwar durch zusätzliche Warenkäufe im Sterlinggebiet. Die britische Delegation erklärte sich im Prinzip mit einer solchen Lösung einverstanden. Es wurde folgendes Budget für die Zeit vom 1. März 1949 bis 28. Februar 1950 aufgestellt:



- 2 -

	<u>Budget 1949/50</u>		<u>Budget 1948/49</u>
	<u>mio Lg</u>	<u>mio frs</u>	<u>mio frs</u>
<u>Einnahmen</u>			
Schweiz.Einfuhr aus Grossbritannien	17,5	304	442
Vampires I	1,2	21	
Zusätzliche schweiz.Einfuhren	3	52	
Schweiz.Einfuhr aus übrigen Sterlingländern inkl.Südafrika	7	121)	
Oil aus britischen Quellen ausserhalb Sterling-area	4,7	81)	199
	<u>33,4</u>	<u>579</u>	
Unsichtbare schweiz.Importe	3	52	54
Total	<u>36,4</u>	<u>631</u>	<u>695</u>
	=====	=====	=====
<u>Belastungen</u>			
Schweiz.Ausfuhr nach dem Sterling- gebiet inkl.Südafrika	21,5	373	260 ¹⁾
Tourismus	5	87	Südafr. 80 ¹⁾ 87 ¹⁾
	<u>26,5</u>	<u>460</u>	<u>427</u>
Schweiz.unsichtbare Exporte (inkl.Transitfinanz)	16,2	280	277
	<u>42,7</u>	<u>740</u>	<u>704</u>
	=====	=====	=====

1) Nach Abzug einer Sicherheitsmarge von 25%, d.h. die Budgetzahlen waren 347 Mio frs. für Export und 116 frs. für Tourismus.

Da die Instruktionen der britischen Delegation offenbar nicht ausreichten, um auf dieser Basis ein Abkommen zu schliessen, wurden die Verhandlungen im gegenseitigen Einvernehmen unterbrochen. Die britische Delegation kehrte nach London zurück, um die in Bern ausgearbeiteten Vorschläge ihrer Regierung zu unterbreiten.

II

Die soeben eingetroffene Antwort der britischen Regierung lässt darauf schliessen, dass England im Prinzip damit einverstanden ist, die beim Tourismus und den "less essentials" bestehenden Hindernisse durch zusätzliche schweizerische Warenkäufe zu überbrücken. Hingegen wird britischerseits geltend gemacht, dass das Verhältnis zwischen zusätzlichen Käufen (3 Mio Lg) einerseits und Tourismus (5 Mio Lg) sowie zusätzlichen schweizerischen Ausfuhren (2 Mio Lg) andererseits nicht annehmbar sei. Die britische These geht also offenbar dahin, uns entweder zu höheren zusätzlichen Käufen zu verpflichten oder den für Tourismus und Export vorgesehenen Budgetbetrag herabzusetzen.

- 3 -

In bezug auf die erwähnten zusätzlichen Käufe der Schweiz im Sterlinggebiet bestehen nach unserer Ansicht vier Möglichkeiten, die wir nachstehend kurz umschreiben möchten.

1. Käufe durch den Bund. Im Einvernehmen mit der Eidg. Finanzverwaltung und der Kriegstechnischen Abteilung des EMD wurde geprüft, ob es nicht möglich wäre, solche Käufe zu aktivieren und in den Dienst einer befriedigenden Lösung des Problems Schweiz/Sterlinggebiet zu stellen. Diese Besprechungen führten zum Ergebnis, dass sicher gewisse Möglichkeiten bestehen würden. Jedenfalls könnte die Transaktion Vampire-Flugzeuge II (Kauf von Motoren und Erwerbung einer Lizenz für den Bau der Flugzeuggrümpfe in der Schweiz) herangezogen werden; aus diesem Kauf würden im Budgetjahr 1949/50 ca. 10 Mio Franken für Motoren und rund 2 Mio Franken aus Lizenzzahlungen zusätzlich in das schweizerisch-britische System fliessen. Ferner steht die KTA seit längerer Zeit in Unterhandlung mit England für die Lieferung von Zugmaschinen für Geschütze (gun tractors), die im laufenden Jahr einen Betrag von rund 5 Mio Franken einbringen würden (eventuell müsste hier in Betracht gezogen werden, die schweizerischen Zahlungen etwas vorzuzuschieben). Ausserdem ist es möglich, dass die KTA in England Munitionskäufe tätigt; ein Auftrag für Raketen ist bereits plaziert und dürfte im laufenden Jahr ca. 1 Mio Franken einbringen. Schliesslich prüft die KTA gegenwärtig den Bezug von bestimmten Radar-Geräten, die bei Zustandekommen des Geschäftes ein zusätzliches Aliment von rund 3 Mio Franken einbringen könnten. Insgesamt sollten unter dem Titel Armeekäufe im laufenden Jahr ungefähr 15 bis 20 Mio Franken zusätzliche Mittel hereinkommen.

Es scheint uns auch naheliegend, dass man versuchen sollte, die Materialkäufe der Schweizerischen Bundesbahnen im Sinne einer zusätzlichen Alimentierung heranzuziehen. Für die schweizerischen Verkehrsanstalten ist das Zustandekommen eines neuen Vertrages mit Grossbritannien hinsichtlich der Frequenz von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Schliesslich haben wir festgestellt, dass die Generaldirektion der PTT beabsichtigt, ungefähr 50 kleine Lieferwagen aus Grossbritannien zu beziehen. Die daraus allenfalls resultierende Summe von 0,5 Mio Franken wäre natürlich als zusätzliches Aliment ebenfalls willkommen.

2. Käufe von Waren, die bisher normalerweise nicht im Sterlinggebiet bezogen wurden. Es handelt sich hier um eine ganze Reihe von Produkten, für welche die Möglichkeiten noch näher untersucht werden müssen. Konkrete Geschäfte stehen in Aussicht für Kaffee aus Indien. Ferner hat die Genossenschaft für Getreide und Futtermittel kürzlich in Australien für rund 2 Mio Fr Hafer gekauft, der gegen Ende Februar 1949 bezahlt werden wird und demnach jedenfalls als zusätzliches Aliment betrachtet werden kann.

3. Käufe von Waren, die infolge des zu hohen Lg-Kurses überteuert sind. Wir haben mit der schweizerischen Industrie die Frage besprochen, ob sie sich im Interesse ihrer Exporte an einer Verbilligung dieser Waren beteiligen würde. Praktisch würde es sich darum handeln, zusätzliche Ausfuhrquoten gegen Entrichtung einer Prämie abzugeben. Die wichtigsten, hier in Frage kommenden Einfuhrgüter sind Kohle und Fettstoffe. Nach Ansicht der konsultierten

- 4 -

Fachleute sollte es möglich sein, durch die verbilligte Einfuhr von Kohle (vor allem Gaskohle aus Grossbritannien) rund 10 Mio Franken und von Fettstoffen aus Indien und Ceylon 10 bis 15 Mio Franken, d.h. insgesamt 20 bis 25 Mio Franken zusätzliche Mittel hereinzubringen. Die Industrie hat sich grundsätzlich bereit erklärt, bei dieser Aktion mitzumachen. In der praktischen Durchführung wird sich allerdings eine Schwierigkeit ergeben, und zwar dadurch, dass die für die Verbilligung der Einfuhr erforderlichen Mittel benötigt werden, bevor die bei der Abgabe zusätzlicher Ausfuhrkontingente zu bezahlenden Prämien eingehen. Es müsste daher eine Lösung in dem Sinne gefunden werden, dass diese zeitliche Differenz durch die Zurverfügungstellung von Bundesmitteln überbrückt wird, und zwar in Form eines vorübergehenden Vorschusses, der nachträglich durch die Prämieinnahme auf Zusatzkontingenten wieder abgedeckt würde. Technisch könnte die Frage dadurch gelöst werden, dass für diese Zwecke ein Reskriptionenkredit verfügbar gemacht würde. Ein solches Vorgehen lässt sich u.E. nicht zuletzt dadurch rechtfertigen, dass damit dem Bund eine direkte Intervention mit eigenen Mitteln erspart werden kann.

4. Käufe von Waren über den normalen Bedarf hinaus Hier würde es sich um zusätzliche Importe für die Vorratshaltung und kriegswirtschaftliche Lagerhaltung handeln. Vor allem fallen die grossen Stapelgüter der Sterling-area (Gummi, Wolle) in Betracht. Ferner ist geplant, einen gewissen Vorrat von Industriediamanten anzulegen. Man wird hier im Einvernehmen mit Herrn Direktor Zipfel und der Industrie versuchen müssen, solche Käufe zu organisieren. Wegen des naturgemäss etwas langsamen Verfahrens kann das Ergebnis nicht klar überblickt werden. Wir betrachten daher diese zusätzlichen Importe eher als Sicherheitsmarge für die Erreichung der 52 Mio Franken (bzw. 3 Mio Lg).

III

Die schweizerischen Bestrebungen müssen bei der gegenwärtigen Verhandlungslage dahin gehen, durch zusätzliche Einkäufe im Sterlinggebiet ein Argument für die weitere Zulassung des Tourismus und der Ausfuhr von "less essentials" zu finden. Das Problem liegt darin, einem notleidenden Zweig der schweizerischen Wirtschaft ohne direkte finanzielle Opfer seitens des Bundes weiterhin Beschäftigung zu verschaffen. Ob die erwähnten 52 Mio Franken zusätzliche Importe ausreichen, um die britische Zustimmung für den Fremdenverkehr und die Ausfuhr von "less essentials" zu erhalten, ist noch ungewiss. Eine Steigerung der Warenkäufe über die Grenze von 52 Mio Franken hinaus scheint uns jedoch aus rein praktischen Überlegungen nicht möglich. Der Bundesrat sollte gestützt auf die vorstehenden Darlegungen seine Ermächtigung geben, das Problem dieser zusätzlichen Importe soweit möglich zu fördern. Ferner müsste unter Umständen der gespannten Zahlungssituation für das Jahr 1949/50 in dem Sinne Rechnung getragen werden, dass Zahlungen für direkt vom Bund getätigte Käufe vorverschoben werden.

- 5 -

Die Nichtberücksichtigung der minimalen schweizerischen traditionellen Exportwünsche und des Tourismus würde offenbar zu einem vertragslosen Zustand mit Grossbritannien führen, da wir nicht annehmen können, dass der Bundesrat uns zum Abschluss eines Abkommens ermächtigen würde, das diese beiden wichtigen schweizerischen Belange ausschliesst. Der Versuch für die Verwirklichung eines zusätzlichen Einfuhrprogramms muss u.E. schon deshalb unternommen werden, damit wir alles getan haben, um einen Bruch zu vermeiden."

Auf Grund der vorstehenden Darlegungen wird antragsgemäss
b e s c h l o s s e n :

1. Von dem vorstehenden Bericht wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Die schweizerische Delegation wird ermächtigt, der britischen Regierung zusätzliche schweizerische Warenbezüge im Betrage von rund 52 Millionen Franken anzubieten unter der Voraussetzung einer befriedigenden Regelung für Tourismus und Export von "less essentials".

3. Zur Verwirklichung dieser zusätzlichen Importe werden das eidg. Militärdepartement, die Schweizerischen Bundesbahnen, die Generaldirektion der PTT sowie die Instanzen, welche noch Befugnisse betreffend die zentralisierte Einfuhr haben, eingeladen bzw. ermächtigt, solche Käufe zu tätigen.

4. Für die Verbilligung der Einfuhr überteuerter Waren (vgl. Ziffer 3 hievore) wird die Ermächtigung zu einer Vorfinanzierung in Form eines vorübergehenden Vorschusses von Bundesmitteln erteilt, der durch Prämieinnahmen für die Erteilung zusätzlicher Ausfuhrkontingente wieder abgedeckt würde.

5. Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Industriegruppen die Vorratshaltungspolitik für Stapelgüter aus der Sterlingarea besonders zu fördern, im Sinne der generellen Weisungen für die kriegswirtschaftliche Vorratshaltung.

Protokollauszug vertraulich an das Volkswirtschaftsdepartement (Chef, Generalsekretariat, Handel 10 Expl.), an das Politische Departement (8 Expl.), an das Finanz- und Zolldepartement, an das Militärdepartement, an das Post- und Eisenbahndepartement und an das Departement des Innern.

Für getreuen Auszug,
Der Protokollführer:

Ch. Oser